

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Mehr IT- und Naturwissenschafts-Schwerpunkte statt Sprachenlastigkeit im Maturitätsanerkennungsreglement (MAR)

2017/63

vom 29. Oktober 2018

1. Ausgangslage

Am 9. Februar 2017 reichte Rahel Bänziger das Postulat 2017/063 «Mehr IT- und Naturwissenschafts-Schwerpunkte statt Sprachenlastigkeit im Maturitätsanerkennungsreglement (MAR)» ein, welches vom Landrat am 16. März 2017 überwiesen wurde.

Die Regierung zeigt in ihrem Bericht einen deutlichen Wandel im Wahlverhalten der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Bezug auf die Schwerpunktfächer auf. Die mit Abstand stärkste Zunahme erfuhren während den letzten Jahren die Naturwissenschaften, während die fünf angebotenen Sprachschwerpunkte deutlich weniger gewählt wurden. Mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler belegt heute ein naturwissenschaftliches Schwerpunktfach. In den beiden Schwerpunkten in diesem Bereich sind alle klassischen naturwissenschaftlichen Fächer (Biologie, Chemie, Physik) enthalten. Eine Aufteilung des Schwerpunktfachs Biologie und Chemie in zwei einzelne Fächer, so der Bericht des Regierungsrats, mache aufgrund der heute gefragten Interdisziplinarität keinen Sinn.

Interessierte Schülerinnen und Schüler haben auch die Möglichkeit, Informatik als Ergänzungsfach zu belegen. Ergänzungsfächer werden benotet und es kann eine Maturitätsprüfung darin abgelegt werden.

Die Plenarkonferenz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat des Weiteren am 27. Oktober 2017 entschieden, Informatik zu einem obligatorischen Fach für alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu machen. Die Kantone müssen Informatik spätestens zum Schuljahr 2022/23 an den Gymnasien einführen. Im Kanton Basel-Landschaft wird die Einführung des neuen Fachs per August 2021 erfolgen. Auch an den Fachmittelschulen (FMS) soll Informatik einen höheren Stellenwert erhalten. Die EDK hat ein entsprechendes Anerkennungsreglement und einen neuen Rahmenlehrplan in die Vernehmlassung gegeben.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage an der Sitzung vom 6. September 2018 in Anwesenheit von Severin Faller, Generalsekretär BKSD, und Marc Rohner, Leiter Hauptabteilung Mittelschulen, beraten.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

In der Kommission wurde die Frage gestellt, welche Gründe es für die Zunahme bei den MINT-Fächern gebe und was mit den kaum mehr gewählten Sprachfächern wie Griechisch oder Russisch geschehe.

Die Schwerpunktfachwahl der Schülerinnen und Schüler werde nicht gelenkt, antwortete die Verwaltung. Die Zunahme bei den MINT-Schwerpunkten ist, wie die Statistiken zeigen, vor allem auf einen Rückgang beim Schwerpunktfach Spanisch zurückzuführen. Die treibende Kraft sind dabei die jungen Frauen, die vermehrt naturwissenschaftliche Schwerpunkte wählen. Wenig gewählte Schwerpunkte werden nicht mehr an allen Gymnasien angeboten.

Weiter wurde die Einführung einer Informatikmittelschule (IMS), wie es sie auch in einigen anderen Kantonen gibt, diskutiert. Ein Kommissionmitglied erkundigte sich, ob eine IMS nicht das passende Instrument wäre, um dem Mangel an Informatikausbildungsplätzen zu begegnen.

Die Verwaltung erläuterte, eine IMS mache sowohl aus bildungspolitischer als auch aus finanzieller Sicht nur wenig Sinn. Eine IMS wäre nicht nur mit hohen Kosten verbunden, sondern könnte auch die Berufslehre konkurrieren. Schulisch stärkere Lernende würden sich möglicherweise vermehrt für eine IMS und nicht mehr für eine Lehre entscheiden. Dies könnte zu einem Problem bei der Besetzung von Lehrstellen führen und so die Bereitschaft der Betriebe schmälern, überhaupt Informatikausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Mehrere Kommissionsmitglieder wollten wissen, ob es in Anbetracht der Einführung von Informatik als obligatorisches Schulfach einen Plan für die Rekrutierung von genügend Informatiklehrpersonen gebe. Personen mit Informatikstudium seien auch in der Privatwirtschaft sehr gefragt.

Die Verwaltung sieht darin ebenfalls eine Herausforderung. Jedoch werden in der Privatwirtschaft auch Lehrpersonen anderer Fächer gesucht und dennoch gibt es beispielsweise genügend Mathematiklehrpersonen. Zurzeit wird abgeklärt, wie die Ausbildung zur Informatiklehrperson aussehen soll. Auch eine Übergangslösung, wie es sie bei der Einführung von Wirtschaft und Recht als obligatorisches Schulfach gegeben hat, ist denkbar. Damals konnten Geschichtslehrpersonen eine Weiterbildung in Form eines Erweiterungsstudiums absolvieren.

Im Zusammenhang mit der Einführung von Informatik als obligatorisches Schulfach stellte sich auch die Frage nach der vorhandenen Infrastruktur. An den Gymnasien, führte die Verwaltung aus, gibt es heute Informatikräume. Ob diese jedoch genügen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. So ist noch unklar, ob der Informatikunterricht in Ganz- oder Halbklassen stattfinden wird und wie viele Stunden pro Woche während wie vielen Semestern das Fach besucht werden soll. Zudem läuft auch das Projekt «bring your own device», bei welchem die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Geräte in den Unterricht mitbringen. Hier müssen jedoch die Mindestanforderungen an die Geräte definiert werden, um die Inhalte des Lehrplans umsetzen zu können. Dieses Projekt betrifft nicht nur die Informatik, sondern alle Fächer.

Die Kommissionsmitglieder waren sich darüber einig, dass den naturwissenschaftlichen Schwerpunktfächern an den Gymnasien ein genügend hoher Stellenwert zukommt. Das Postulat soll deshalb abgeschrieben werden.

3. Beschluss der Bildung-, Kultur- und Sportkommission

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission schreibt das Postulat 2017/63 einstimmig, mit 12:0 Stimmen, ab.

29.10.2018 / pw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident